



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
**1. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für das Jobcenter  
am 06.12.2011  
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal**

### Teilnehmer:

#### **Mitglieder des Kreistages**

Abg. Heinz-Günter Bargfrede  
Abg. Willi Bargfrede  
Abg. Jürgen Borngräber  
Abg.e Doris Brandt  
Abg. Reinhard Bussenius  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg.e Ute Gudella-de Graaf  
Abg. Bernd Sievert  
Abg.e Thea Tomforde  
Abg. Dr. Manfred Damberg

#### **Verwaltung**

KVD Markus Pragal  
Frau Marianne Schmidt  
KOAR Harald Glüsing  
VA Antje Sokolowski  
VA Nina Wöstenkühler  
VA Ulrich Schumann  
KOI Phillip Bartels

## **Tagesordnung:**

### **a) öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Vorstellung der Mitglieder des Ausschusses und Aussprache über die künftige Ausschussarbeit
- 4** Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
  - a) Bericht zur Organisation des Jobcenters und zum Stand der Umsetzung der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II
  - b) Bericht zum Stand des Zielvereinbarungsprozesses mit dem Land Niedersachsen gem. § 48b SGB II für 2012
  - c) Bericht zur Umsetzung der Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe gem. § 28 SGB IIVorlage: 2011-16/0063
- 5** Änderung der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit des örtlichen Beirats für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2011-16/0053
- 6** Neuberufung eines Ersatzmitgliedes für den örtlichen Beirat für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2011-16/0061
- 7** Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Diakonischen Werke im Landkreis Rotenburg (Wümme)  
Vorlage: 2011-16/0062
- 8** Verwendung der Mittelzuflüsse gemäß § 46 Abs. 6 SGB II, die nicht zur Deckung von Einzelansprüchen gemäß § 28 SGB II und der Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungsgewährung nach § 28 SGB II benötigt werden  
Vorlage: 2011-16/0070
- 9** Haushaltsplan 2012  
Vorlage: 2011-16/0055
- 10** Antrag an den Kreistag zur Eingliederungsvereinbarung (EGV) von Dr. Manfred Damberg, Die Linke Kreisverband Rotenburg  
Vorlage: 2011-16/0071
- 11** Anfragen

## a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vors. Borngräber** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Es liegen keine Anträge zur Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung vor.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Vorstellung der Mitglieder des Ausschusses und Aussprache über die künftige Ausschussarbeit**

---

**Vors. Borngräber** leitet die Vorstellung und Aussprache ein und erklärt zunächst, dass er sich als Mittler zwischen Bürger und Verwaltung versteht. In diesem Zusammenhang führt er weiter aus, dass dem Ausschuss zwar bekannt sei, dass es zwischen Bürgern und Verwaltung zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist, es aber nicht darum gehe, Schuldzuweisungen an die Bürger oder die Verwaltung zu richten. **KVD Pragal** erläutert sodann, dass die Verwaltung dem Ausschuss mit Rat und Tat zur Verfügung steht. Des Weiteren weist er darauf hin, dass hinsichtlich der Befassung mit Einzelfällen besondere Anforderungen des Datenschutzes bestehen und somit neben einer Befassung im nicht-öffentlichen Teil regelmäßig eine Einverständniserklärung der Betroffenen erforderlich sei. Schließlich regt **KVD Pragal** an, dass sich der Ausschuss zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit nicht zu umfassend mit Einzelfällen befassen solle. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** weist darauf hin, dass es sich beim Jobcenter mit 130 Mitarbeitern um die größte Abteilung der Kreisverwaltung handelt und es nunmehr anders als bisher im Sozialausschuss möglich sei, in ausgewählte Themenbereiche tiefer einzusteigen. Da, so erklärt er weiter, jährlich Millionen Euro in die Fortbildung von Arbeitslosen investiert werden, mache es auch Sinn auf die hiermit erzielten Ergebnisse zu schauen. **Abg.e Gudella-de Graaf** erläutert, dass es nun möglich sei, auf einzelne Punkte spezieller einzugehen und zugleich Ideen einzubringen. **Abg.e Brandt** erläutert schließlich, dass die Ausschussarbeit ein großes Potential biete, nun eine längere Beschäftigung mit einzelnen Dingen möglich werde und eine Pflicht zur Information gegenüber Bürgern und Mitarbeitern bestehe. **Abg. Sievert** schließt sich diesen Ausführungen an und macht darauf aufmerksam, dass es die Arbeit im Ausschuss erlaube, einen anderen Blick von außen einzunehmen. **Abg. Bussenius** erläutert, er verstehe die Kreisverwaltung als Serviceunternehmen, welches strukturell zu optimieren sei. **Abg.e Tomforde** schildert, dass es für sie Neuland sei und sie die Arbeit des Jobcenters begleiten möchte. Sodann erhält **KOAR Glüsing** das Wort. Er führt aus, dass er sich auf die Arbeit mit dem Ausschuss freue. In diesem Zusammenhang, so erklärt er weiter, habe man bereits einen Fragebogen entworfen, welchen die Abgeordneten nutzen können, um ihre Ideen zu notieren. Den Fragebogen werde man, so **KOAR Glüsing** weiter, einsammeln und die Ideen im Jobcenter aufgreifen. **Frau Schmidt** weist darauf hin, dass die Gleichstellung als durchgängiges Prinzip intern wie nach außen vertreten werde. **Abg. Engelken** stellt sich darauf folgend vor und erläutert, dass die Entwicklungen für die Arbeitslosen von der jeweiligen konjunkturellen Lage abhängig sind. **Abg. Willi Bargfrede** bittet, nachdem er kurz ausführt, dass er bisher keine Berührungspunkte mit dem SGB II hatte, darum, die Räume und die Arbeitsabläufe im Jobcenter kennenlernen zu können. **Vors. Borngräber** schlägt daraufhin vor, die nächste Sitzung in den Räumen des Jobcenters zu beginnen. Diese Idee greift **KVD Pragal** auf und schlägt vor, die kommenden Sitzungen des Ausschusses in den Räumen des Jobcenters in Rotenburg, Zeven und Bremervörde durchzuführen und jeweils vor Beginn der Ausschusssitzung eine Begehung der Jobcenterräumlichkeiten anzubieten.

Bevor der Ausschuss im Weiteren zum Tagesordnungspunkt 4 übergeht, gibt **Vors. Borngräber Herr Prof. Dr. Schneider**, welcher als Zuhörer anwesend ist, Gelegenheit Fragen an den Ausschuss zu richten. **Herr Prof. Dr. Schneider** trägt dann die dem Protokoll als Anlage beigefügten Fragen bzw. Aussagen vor. **Vors. Borngräber** teilt Herrn Prof. Schneider mit, dass die Fragen in Anbetracht des Umfangs nicht sofort sondern später mit dem Protokoll oder ggf. einem Schreiben beantwortet würden.

- Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten**
- a) **Bericht zur Organisation des Jobcenters und zum Stand der Umsetzung der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II**
  - b) **Bericht zum Stand des Zielvereinbarungsprozesses mit dem Land Niedersachsen gem. § 48b SGB II für 2012**
  - c) **Bericht zur Umsetzung der Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe gem. § 28 SGB II**
- 

a) Bericht zur Organisation des Jobcenters und zum Stand der Umsetzung der Aufgabenerfüllung nach dem SGB II

**KOAR Glüsing** weist zunächst auf das Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I hin und stellt sodann das Jobcenter mit Ausführungen zur historischen Entwicklung seit 2005 und zur Organisation seit 2008 vor. Schließlich führt er aus, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Aufgaben nach dem SGB II seit 2011 unbefristet als Träger ausführt und das Amt seit 2011 die Bezeichnung „Jobcenter“ führt, nachdem es zuvor die Bezeichnung „Arbeitsmarktportal“ geführt hatte. Mit Blick auf die 130 Mitarbeiter des Jobcenters führt er weiter aus, dass hiervon 75 % der Mitarbeiter weiblich und in Leitungsfunktionen bereits 63 % der Führungskräfte Frauen seien. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellt **KOAR Glüsing** die Aufgaben und die Eckwerte zum Arbeitsmarkt vor. Er macht darauf aufmerksam, dass Frau Rekate im Jobcenter die Aufgaben der Beauftragten für Chancengleichheit wahrnimmt, verteilt sodann die aktuelle Presseveröffentlichung und erläutert, dass diese Berichte den Abgeordneten gern laufend zur Verfügung gestellt werden können. Sodann erläutert er die Daten der aktuellen Presseveröffentlichung. In diesem Zusammenhang fragt **Abg.e Brandt** hinsichtlich der Aufstocker nach und erläutert, dass es interessant zu wissen sei, wie viele der Betroffenen bereits einen Full-time-Job ausüben. Zu dieser Frage führt **KOAR Glüsing** aus, dass dieser Personenkreis seit Jahren beleuchtet werde, jedoch für diesen Personenkreis keine passenden Arbeitsmarktinstrumente zur Verfügung stehen. Zudem, so erklärt er weiter, benötigen diese Betroffenen lediglich kommunale Mittel und stellen zugleich arbeitsintensive Fälle dar; jedoch konnte nach einem spürbaren Anstieg die Anzahl der Betroffenen wieder zurückgeführt werden. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** regt an, diese Fallgestaltungen in den nächsten Sitzungen genauer zu beleuchten und fragt sodann hinsichtlich der fehlenden Kinderbetreuung und zum Erfolg von Maßnahmen nach. Diese Fragestellungen beantwortet **KOAR Glüsing** und erläutert, dass es sich bei der betroffenen Personengruppe mit fehlender Kinderbetreuung in 90 % der Fälle um Familien mit Kindern unter 3 Jahren handele; diese Personengruppe sei von Gesetz wegen nicht verpflichtet an Maßnahmen teilzunehmen. Die verbleibenden 10% seien nur etwa 40 Personen. Nachdem **Vors. Borngräber KOAR Glüsing** für die Ausführung gedankt hat, fragt **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** nach, ob es sich bei der erreichten Ersparnis von 9 Millionen Euro um eine Ersparnis für den Landkreis Rotenburg (Wümme) handelt. Diese Frage wird von **KOAR Glüsing** beantwortet, der dazu ausführt, dass die vorgetragenen Ersparnisse sich allein auf die Mittel des Landkreis Rotenburg (Wümme) beziehen. Diesen Teil der Tagesordnung schließt sodann **Vors. Borngräber** und Ausdruck seines Anerkennens und dem Hinweis, dass die Konjunktur im Auge behalten werden soll, ab.

*(Die Präsentation und der vorgestellte Organisationsplan sind als Anlage zu diesem Protokoll beigelegt.)*

b) Bericht zum Stand des Zielvereinbarungsprozesses mit dem Land Niedersachsen gem. § 48b SGB II für 2012

Nachdem **Vors. Borngräber KOAR Glüsing** das Wort übergeben hat, stellt **KOAR Glüsing** dem Ausschuss den Bericht zum Stand des Zielvereinbarungsprozesses mit dem Land Niedersachsen für 2012 vor. Nachdem er Ausführungen zur Verpflichtung des Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Teilnahme an diesem Zielvereinbarungsprozess machte und die Ziele und Kennzahlen vorstellte, führt er aus, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) hinsichtlich der Ziele 1 und 3 im Vergleich zu anderen Trägern weit vorn steht, jedoch zum Ziel 2 weiter hinten; mit Blick auf den Personenkreis der Alleinerziehenden seit der Landkreis Rotenburg (Wümme) sogar Schlusslicht.

Auf die Nachfrage des **Vors. Borngräber**, wie es dazu kommt, erläutert **KOAR Glüsing**, dass er zur Beantwortung dieser Fragestellung ein Problem im Datenbereich im Fokus habe. Sodann führt er weiter aus, dass es Ziel sei, die Integrationsquote um 9,6 % zu steigern und das Ziel des Jobcenters darin bestehe, auf diesen Wert auch abzuschließen.

**KVD Pragal** verlässt den Sitzungsraum um 15:15 Uhr und kehrt um 15:18 Uhr zurück.

Auf Nachfrage der **Abg.e Brandt**, ob bei Nichteinhaltung der Vereinbarung eine Strafe zu erwarten sei, erklärt **KOAR Glüsing**, dass aktuell keine Strafen vorgesehen seien, da es sich nur um ein Steuerungssystem handle. Ferner berichtet er dem Ausschuss über den kooperativen und freundschaftlichen Umgang zwischen Landkreis Rotenburg (Wümme) und Land Niedersachsen. Hinsichtlich des Zieles „Abbau von Langzeitbeziehern“ sieht der aktuelle Stand nach seinen weiteren Ausführungen einen Abbau der Langzeitbezieher um 3 % vor. Auch diesen Wert, so macht er deutlich, möchte das Jobcenter erreichen. Schließlich führt er aus, dass der Abschluss des Zielvereinbarungsprozesses für Januar 2012 angestrebt werde und das Verfahren in Niedersachsen Vorbildcharakter aus Sicht des Bundes habe. Zum Abschluss des Berichtes spricht **Vors. Borngräber** seinen Dank aus.

c) Bericht zur Umsetzung der Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe gem. § 28 SGB II

**KOAR Glüsing** erläutert den Stand der Umsetzung der Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe. In diesem Zusammenhang stellt er zunächst die Leistungen vor. Schließlich trägt er nach der Abgrenzung zu den Kinderwohngeldfällen, die Besonderheiten der Teilhabeleistungen vor und erläutert sodann, dass die Nachfrage nach den Leistungen schleppend erfolge. Sodann weist er darauf hin, dass das Jobcenter bereits den am Runden Tisch diskutierten Globalantrag verwendet und lediglich die Leistungen für die Lernförderung auf einem weiteren Vordruck beantragt werden müssen. Hinsichtlich der Daten zur Inanspruchnahme der Leistungen weist er darauf hin, dass die Zahlen nicht valide sind, da es an einer eindeutigen Definition der Daten fehlt. **Frau Schmidt** fragt nach, wie viel Geld der Landkreis Rotenburg (Wümme) für diese Leistungen erhält. **KOAR Glüsing** erklärt hierzu, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) für 2011 einen Betrag in Höhe von ca. 2,2 Millionen Euro für die Leistungen des Bildungspaketes einschließlich der Aufwendungen für die Verwaltung und der freien Spitze erhalte. **KVD Pragal** ergänzt hierzu, dass es sich dabei um Einnahmen handle, die sowohl vom Sozialamt als auch vom Jobcenter verausgabt würden. Auf Nachfrage des **Abg. Sievert**, ob die Antragsaufnahme beim Sachbearbeiter erfolge, erläutert **KOAR Glüsing**, dass dieses grundsätzlich der Fall ist, die Antragsvordrucke jedoch auch verschickt wurden. Auf eine weitere Nachfrage des **Abg. Sievert**, ob der Sachbearbeiter lediglich den Antrag durchschaut und dann die Auszahlung vornimmt, erklärt **KOAR Glüsing**, dass dies nicht der Fall ist, vielmehr fehlen oft weitere Daten. **KVD Pragal** ergänzt hierzu, dass zum Thema Mittagsverpflegung Gespräche mit den Schulen stattgefunden hätten. Nachdem **KOAR Glüsing** begonnen hat, die konkreten Zahlen der Inanspruchnahme vorzutragen, fragt **Abg.e Brandt**, wie viel der für 2011 zugeflossenen Mittel bereits verausgabt sind. **KOAR Glüsing** erläutert dazu, dass im Jobcenter bisher weniger als 300.000 Euro ausgegeben wurden. **Abg.e Brandt** ist darauf hin der Ansicht, dass die Bezieher nicht wissen, dass ihnen die Leistungen zu stehen und regt eine intensive Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit an. **KOAR Glüsing** erläutert hierzu, dass in allen Fällen Antragsformulare verschickt wurden. Auf die weitere Frage von **Abg.e Brandt**, wie viele Vereinsbeiträge bisher gezahlt wurden, erklärt **KOAR Glüsing**, dass dies in etwa 60 von möglichen 3.000 Fällen der Fall gewesen ist.

**Abg. Bussenius** fragt sodann, ob die Übungsleiter in den Vereinen eine Hilfe sein könnten und äußert zugleich seine Auffassung, dass der Datenschutz hier ein Problem darstellt. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** ist in diesem Zusammenhang der Auffassung, dass mit dem Anschreiben der Eltern eine wesentliche Information bereits erfolgt sei. Sodann führt **KVD Pragal** weiter aus, dass er bei zwei Regionalkonferenzen des Kreissportbundes über das Bildungspaket vorgetragen habe und auch weiterhin mit dem Kreissportbund zu diesem Thema im Gespräch stehe. Im Übrigen verweist er auf Punkt 8 der Tagesordnung.

Im Weiteren stellt **VA Schumann** die Gruppenmaßnahmen im Jobcenter vor und erläutert zunächst auf Nachfrage von **Abg. Sievert** was unter einer Gruppenmaßnahme zu verstehen ist. Auf Nachfrage der **Abg.e Brandt**, ob bei einer Führerscheifinanzierung ein vorzeitiger Maßnahmeabbruch bei der Aufnahmemöglichkeit einer Beschäftigung erfolgt, erläutert VA Schumann, dass es sich insoweit um Maßnahmen handele, bei denen der Erwerb des Führerscheines Vorrang habe. Sodann fragt **Abg. Bussenius**, ob es bei Ausschulungen, also bei einem vorzeitigen Ende des Maßnahmebesuches, zu Sanktionen kommt. Hierzu erläutert **VA Schumann**, dass diese Entscheidung einzelfallabhängig getroffen werde. Sodann führt er seinen Vortrag fort und berichtet, dass aktuell die Auswertungen der Gruppenmaßnahmen des Jahres 2011 laufen, der Aufbau eines Qualitätsmanagements vor allem mit Blick auf die Nachhaltigkeit der Maßnahmen erfolge und schließt seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die bevorstehende Reform der Instrumente zum April 2012 ab. Auf Nachfragen von **Frau Schmidt**, ob das Jobcenter bereits in den nationalen Pakt für Ausbildung einbezogen und eine solche Beteiligung geplant sei, erklärt **KOAR Glüsing**, dass das Jobcenter noch nicht daran beteiligt sei.

*(Der Bericht ist als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt.)*

Punkt 5 der Tagesordnung: **Änderung der Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit des örtlichen Beirats für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme)**

---

Nachdem **Vors. Borngräber KVD Pragal** das Wort übergeben hat, erläutert dieser die sich mit der Neugründung des Ausschusses für das Jobcenter ergebende Notwendigkeit der Satzungsänderungen. Er erklärt dabei, dass mit dem Wechsel eine Neuberufung nicht erforderlich sei, da die drei benannten Kreistagsabgeordnete sowohl Mitglied im Sozialausschuss als auch des Ausschusses für das Jobcenter seien.. Sodann stimmt der Ausschuss einstimmig der 1. Änderungssatzung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Neuberufung eines Ersatzmitgliedes für den örtlichen Beirat für das Jobcenter des Landkreises Rotenburg (Wümme)**

---

**KVD Pragal** erläutert zunächst, dass für den DGB ein neues Mitglied berufen werden soll. Er erklärt in diesem Zusammenhang, dass man sich erfolglos beim DGB um die Benennung einer weiblichen Kandidatin eingesetzt habe. Der Ausschuss stimmt sodann ab und folgt einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kooperationsvertrag zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Diakonischen Werke im Landkreis Rotenburg (Wümme)**

---

Zunächst erläutert **KVD Pragal**, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Träger der Sozialhilfe und der Grundsicherung auch für Leistungen der Schuldnerberatung verantwortlich sei und nimmt sodann einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Kooperationsvereinbarung vom 01.01.2008 über die Verlängerung bis zum 31.12.2011 vor. Er erklärt, dass er mit der Zusammenarbeit sehr zufrieden sei. Aus statistischen Gründen und auch um Empfehlungen des DLT zu genügen, so erläutert er weiter, seien vereinzelt neue Regelungen erforderlich geworden; so sei nunmehr u. a. eine Einzelfallpauschale vorgesehen. Bei den weiteren Änderungen hat sich die Verwaltung, so führt er weiter aus, an den Empfehlungen des DLT orientiert und den vorliegenden Vertrag und das vorliegende Konzept gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke entwickelt. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** dankt der Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes für die geleistete Arbeit, erklärt sodann, dass er die vorliegende Vereinbarung für fair erachtet, und regt die Zustimmung des Ausschusses an. Daraufhin gibt auch **Abg.e Brandt** ihre Zustimmungsbereitschaft zu erkennen, erläutert, dass gute Arbeit geleistet wurde, und fragt sodann, ob auch die Banken Geld zur Finanzierung der Schuldnerberatung geben. Nachdem daraufhin **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** anregt, Vertreter der Schuldnerberatung zu hören, erläutert **KOAR Glüsing** mit Blick auf den Rechenschaftsbericht, dass das Land Niedersachsen und der Sparkassengiroverband sich mit jeweils 11.000 Euro an der Finanzierung der Schuldnerberatung beteiligen. **Abg.e Gudella-de Graaf** verweist sodann auf den Insolvenzverein und fragt, ob es eine Aufstellung der Anbieter gibt. Hierzu erläutert **Vors. Borngräber**, dass es verschiedene Anbieter der Schuldnerberatung gibt, und **KVD Pragal** erklärt, dass eine solche Liste vorliegt, zugleich jedoch keine Ablehnung anderer Anbieter erfolge, da kein Zwang der Inanspruchnahme der Schuldnerberatung der Arbeitsgemeinschaft der Diakonischen Werke besteht. Auf die weitere Nachfrage des **Vors. Borngräber**, welche Folge die Erkrankung eines Betroffenen habe aufgrund der die Beratung nicht abgeschlossen werden könne, erläutert **KOAR Glüsing**, dass in diesen Fällen eine erneute Zuweisung erfolge. Zu solchen Konstellationen sei auch eine klarstellende Protokollnotiz zum Vertrag aufgenommen wurde.

*(Die Protokollnotiz zum Vertrag und die Liste der Anbieter sind als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt.)*

Der Ausschuss nimmt daraufhin den vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig an.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**Frau Schmidt** verlässt den Sitzungssaal um 16:05 Uhr.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Verwendung der Mittelzuflüsse gemäß § 46 Abs. 6 SGB II, die nicht zur Deckung von Einzelansprüchen gemäß § 28 SGB II und der Verwaltungskosten für die Umsetzung der Leistungsgewährung nach § 28 SGB II benötigt werden**

---

**KVD Pragal** erläutert zunächst die Voraussetzungen und die Grundlagen der freien Spitze. In diesem Zusammenhang weist er auf die politische Erklärung und diesbezügliche Vereinbarung der Niedersächsischen kommunalen Spitzenverbände und des Landes Niedersachsen hin, die zwar nicht rechtlich bindend, gleichwohl die Grundlage für das Handeln des Landkreises Rotenburg (Wümme) sein solle. Er führt weiter aus, dass nach aktueller Einschätzung für 2011 Mittel in Höhe von 900.000 Euro zur Verfügung stehen, die Höhe der Mittel in den Folgejahren voraussichtlich aber geringer ausfallen werde. Zugleich weist er darauf hin, dass die Mittel lediglich für 1

Jahr übertragbar sind, so dass es von besonderer Bedeutung sei, den Abfluss der Mittel zu gewährleisten. Sodann erläutert **KVD Pragal** die Vorlage mit vier unterschiedlichen Maßnahmen, nämlich die befristete Einstellung von 3 Bildungslotsen, die Weiterleitung von Mittel an die Schulträger zum Ausbau der Infrastruktur in Sachen Bildung und Teilhabe in den Städten, Gemeinden und Samtgemeinden, die Verwendung von 20.000 Euro für Härtefälle, die nach dem SGB II keine Leistungen erhalten können und das Projekt des „Bildungsberatungsbüro“. Er erklärt, dass es Ziel des Landkreises Rotenburg (Wümme) sei, das Geld für diese Zwecke auszugeben. Mit den Schulträgern sei bereits gesprochen worden. Hinsichtlich der Bildungslotsen erläutert er, dass die befristete Einstellung von 3 Bildungslotsen für einen Zeitraum von 2 Jahren vorschlagen wird. Die Aufgabe der Bildungslotsen, so **KVD Pragal** weiter, sei die Erhebung der Angebote im Landkreis Rotenburg (Wümme), die Durchführung von Informationsveranstaltungen, die Vernetzung, das Aufsuchen der Familien und der Abbau von Hemmschwellen. Auf Nachfrage des **Abg. Heinz-Günter Bargfrede**, ob auch Sprachschwierigkeiten von Bedeutung sind und damit die Förderung von Schulpädagogen in Betracht kommt, erklärt **KVD Pragal**, dass auch eine solche Möglichkeit in Betracht komme insoweit die Entscheidung bei den Schulträgern liegt. Sodann fragt **Abg.e Brandt** nach, ob die Bildungslotsen in die Familien gehen sollen. Diese Frage beantwortet **KVD Pragal** und erklärt, dass diese aufsuchende Hilfe vorgesehen ist. **Abg.e Brandt** erläutert, dass 180.000 Euro für Verwaltungsstellen verwendet werden sollen und die Befristung auf 2 Jahre die Folge hat, dass auch eine Zeit für die Einarbeitung berücksichtigt werden müsste und sodann nach Ablauf des Zeitraumes von 2 Jahren die Stellen wieder wegfallen. Sie fragt, ob seitens der Verwaltung andere Möglichkeiten gesehen werden. **Abg. Bussenius** fragt, ob die Angliederung der Bildungslotsen im Bereich Schulsozialarbeit möglich ist. Die Fragen beantwortet **KVD Pragal** und führt aus, dass die Verwaltungsvorlage vorsehe nur 180.000 von 900.000 Euro für die Bildungslotsen zu verwenden, und der größte Teil der zur Verfügung stehenden Mittel (zwischen 450.000 und 550.000 Euro) ohnehin an die Schulträger weitergereicht werden solle. Hinsichtlich der Anbindung zur Schulsozialarbeit, so erklärt er weiter, bestehen datenschutzrechtliche Bedenken, welche nach seiner Einschätzung nur bei einem aufsuchenden System in der Verantwortung des Landkreises Rotenburg (Wümme) gelöst werden können. **Vors. Borngräber** schlägt vor, ein Konzept zu erstellen und vorzustellen. **Abg. Bussenius** regt an, die Bildungslotsen im Jobcenter anzusiedeln und bei den Schulen zu integrieren. **KOAR Glüsing** weist darauf hin, dass nachdem von der Politik keine Vorschläge vorgebracht worden seien im Jobcenter Arbeitsgruppen gebildet wurden und die vorliegenden Vorschläge aus der Praxis entwickelt wurden. Im Ergebnis sei es aber allein die Entscheidung der zuständigen Gremien, wofür das Geld verwendet werde, wobei jedoch zu beachten sei, dass das Geld nur einmal übertragen werden kann.

Im Anschluss an diese Beratungen präsentieren **Frau Engelhardt** (stellvertretende Schulleiterin der BBS Rotenburg) und **Frau Hebel** das Bildungsberatungsbüro.

*(Die Präsentation ist als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt.)*

**Abg. Bussenius** verlässt den Sitzungssaal um 16:35 Uhr und kehrt um 16:40 Uhr zurück.

**Abg.e Brandt** lobt das Engagement und führt dann aus, dass sie die Frage der Mittelverwendung noch einmal besprechen möchte. Im Weiteren schlägt sie vor, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu nehmen. **Abg. Bussenius** lobt ebenfalls zunächst den Vortrag von Frau Engelhardt und Frau Hebel und führt sodann aus, dass eine ausgiebige Beratung und die Einholung weiterer Informationen erforderlich seien. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** zeigt sich beeindruckt von der Präsentation und wirft die Frage auf, wie die Abläufe vor der Einrichtung des Bildungsberatungsbüros waren. Sodann weist er darauf hin, dass mehrere Konzepte und ein haushaltsmäßiger Vorschlag vorliegen und damit verschiedene Möglichkeiten gegeben seien. Mit Blick auf den weiteren Beratungsbedarf der Abgeordneten weist **KVD Pragal** noch einmal auf die eingeschränkte Übertragbarkeit der Mittel und den Umstand, dass die nächste Kreistagsitzung im März 2012 stattfinden wird, hin. **Vors. Borngräber** weist darauf hin, dass es wichtig ist, in Ruhe über die Angelegenheit zu beraten. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** schlägt vor, die Bildungslotsen und die damit verbundenen Mittel auf jeden Fall in den Haushalt einzubringen. Dazu erklärt **KVD Pragal**, dass die Mittel bereits in den Haushaltsplan eingearbeitet seien. Zugleich weist er darauf hin, dass die Verwaltung gern für die Beratung und die Begleitung der Ideen zur Verfügung steht.



**Abg. Sievert** fragt, ob es eine Kostenaufstellung zu den einzelnen Maßnahmen gibt. Hierzu erläutert **KOAR Glüsing**, dass zwei Kostenalternativen vorgelegt wurden; zum einen sei dies eine Variante mit 3 pädagogischen Mitarbeitern und einem Kostenvolumen von 260.000 Euro für zwei Jahre und zum anderen eine Variante mit 2 pädagogischen Mitarbeitern und einem Kostenvolumen von 190.000 Euro für zwei Jahre, davon Personalkosten in Höhe von 80.000 Euro pro Jahr. Auf Nachfrage des **Abg. Willi Bargfrede**, welche Variante einkalkuliert wurde, erläutert **KVD Pragal**, dass die Variante mit 2 pädagogischen Mitarbeitern berücksichtigt wurde. Auf die weitere Nachfrage des **Abg. Willi Bargfrede**, ob beide Varianten machbar sind, erklären **KVD Pragal** und **KOAR Glüsing** übereinstimmend, dass beide Alternativen möglich seien. **Abg. Willi Bargfrede** regt an, die Entscheidung noch in diesem Jahr zu treffen. **Vors. Borngräber** regt eine Beratung in den Fraktionen und sodann eine erneute Befassung des Ausschusses im Rahmen einer Sitzung im Januar 2012 an. **Abg. Bussenius** fragt, ob es möglich ist, bereits Teile des Entscheidungsvorschlages freizugeben. **KVD Pragal** und **Vors. Borngräber** erläutern, dass dieses möglich sei. Sodann bittet **KOAR Glüsing** darum, die kleine Summe für die Härtefälle auf den Weg zu bringen. **Abg.e Brandt** schlägt vor zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages abzustimmen und die anderen Punkte im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung zu beraten. Daraufhin nimmt der Ausschuss den vorliegenden Beschlussvorschlag zu Ziffer 3 einstimmig an.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Als Termin der nächsten Ausschusssitzung wird der 25.01.2012, 14:30 Uhr vorgeschlagen.

**Abg.e Brandt** und **Abg. Sievert** verlassen die Sitzung um 17:00 Uhr.

**Abg. Engelken** verlässt die Sitzung um 17:05 Uhr.

#### Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2012**

---

**KOAR Glüsing** erläutert die Haushaltsansätze der Produkte. Auf Nachfrage von **Abg.e Gudella-de Graaf**, warum in der Erläuterung zu Zeile 7 im Produkt 31.2.02 als Kostenerstattung ein Betrag von 0 Euro ausgewiesen ist, erläutert **KOAR Glüsing**, dass es sich hierbei um einen Fehler in der Erläuterung handelt und sich die Erläuterung auf Zeile 2 beziehe. Auf die Nachfrage von **Abg. Bussenius**, ob der Betrag zutreffend sei, erläutert **KOAR Glüsing**, dass dies grundsätzlich der Fall sei, letztlich die Höhe der Zuwendung jedoch vom Abruf abhängt. Hinsichtlich des Produktes 31.2.03 weist **KOAR Glüsing** darauf hin, dass der Ansatz für die einmaligen Leistungen wegen erheblicher Minderausgaben gesenkt werden konnte. Auf Nachfrage von **Abg. Heinz-Günter Bargfrede**, aus welchen Gründen die Abschreibungen in den Zeilen 16 regelmäßig mit einem Betrag von 0 Euro ausgewiesen sind, erklärt **KOAR Glüsing**, dass er hierzu keine detaillierte Auskunft geben kann und verweist insoweit auf die Zuständigkeit der Kämmerei. Mit Blick auf die Eingliederungsleistungen im Produkt 31.2.05 fragt **Abg. Bussenius** aus welchen Gründen der Ansatz sinke. Hierzu erklärt **KOAR Glüsing**, dass in 2011 um 30% geringe Mittel zugewiesen wurden und für 2012 noch einmal eine Absenkung um 20% erfolge; insoweit werde die erfolgreiche Arbeit des Jobcenters mit einer geringen Mittelzuweisung honoriert. Hinsichtlich des Produktes 31.2.06, Leistungen für Bildung und Teilhabe, macht **KOAR Glüsing** zunächst darauf aufmerksam, dass es seitens des Landes bisher keine abschließenden Vorgaben hinsichtlich der Veranschlagung / Darstellung gebe. In diesem Teilhaushalt, so erklärt er weiter, werden lediglich die Aufwendungen für die Leistungsberechtigten nach dem SGB II abgebildet. Die Ausgaben des Sozialamtes seien, so erläutert er weiter, hiervon nicht erfasst. Auf Nachfrage von **Vors. Borngräber**, um welche Art von Bußgeldern es sich im Produkt 31.2.09 handelt, erläutert **KOAR Glüsing** kurz die Grundlagen für Bußgelder nach dem SGB II. Nachdem **Abg.e Gudella-de Graaf** fragt, um welche Aufwendungen es sich in Zeile 19, sonstige ordentliche Aufwendungen, handelt, erläutert **KOAR Glüsing**, dass das Jobcenter abrechnungstechnisch gegenüber dem Bund als

gesonderte Einrichtung geführt werde und somit entsprechende Aufwendungen in diese selbstständige Abbildung einfließen. Nachdem **Vors. Borngräber KOAR Glüsing** für seine Ausführungen dankt, nimmt der Ausschuss den vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig an.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung:	<b>Antrag an den Kreistag zur Eingliederungsvereinbarung (EGV) von Dr. Manfred Damberg, Die Linke Kreisverband Rotenburg</b>
----------------------------	--

---

Zunächst übergibt **Vors. Borngräber** das Wort an **KVD Pragal**. **KVD Pragal** erläutert sodann, dass es sich hier um einen Antrag handelt, welcher nicht 14 Tage vor der Sitzung eingebracht wurde aber als Eilantrag beraten werden kann. Er erläutert weiter, dass **Abg. Dr. Damberg** auch ohne Mitglied des Ausschusses zu sein an der Beratung seines eigenen Antrages teilnehmen dürfe. **Vors. Borngräber** bittet daraufhin **Abg. Dr. Damberg** am Tisch Platz zu nehmen. **Abg. Dr. Damberg** stellt seinen Antrag vor. Sodann nimmt **KOAR Glüsing** zu dem Antrag unter Zuhilfenahme einer vorbereiteten Power Point Präsentation Stellung.

*(Die Präsentation ist als Anlage zu diesem Protokoll beigefügt.)*

**Vors. Borngräber** verlässt den Sitzungssaal um 17:30 Uhr und kehrt um 17:32 Uhr zurück. Den Vorsitz übernimmt in dieser Zeit **Abg. Bussenius**.

Nachdem **KOAR Glüsing** seine Stellungnahme abgeschlossen hat, schließt sich im Ausschuss eine Diskussion über das weitere Verfahren mit dem vorliegenden Antrag an. **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** schlägt vor, so über den Antrag abzustimmen wie er vorliegt und keine Formulierungsänderung vorzunehmen und beantragt sodann, den Antrag abzulehnen. **Abg. Bussenius** beantragt, dass der Ausschuss den Vortrag positiv zur Kenntnis genommen hat und Fehler zukünftig vermieden werden. **Abg. Willi Bargfrede** weist auf die Möglichkeit hin, dass **Abg. Dr. Damberg** den Antrag zurücknehmen kann. Schließlich stimmt der Ausschuss über den von **Abg. Heinz-Günter Bargfrede** gestellten Antrag ab und stimmt dem Antrag zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1

Punkt 11 der Tagesordnung:	<b>Anfragen</b>
----------------------------	-----------------

---

Nachdem keine Anfragen vorliegen schließt **Vors. Borngräber** den öffentlichen Teil um 17:45 Uhr.

Die Vertreter der Presse und **Abg. Dr. Damberg** verlassen den Sitzungssaal.

(Borngräber)  
Vorsitzender

(Bartels)  
Protokollführer

(Pragal)  
KVD